

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/50

Bonn, den 10. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Immer mehr Fragen an Herrn von Hassel 48

Was die Öffentlichkeit nach dem Absturz des Starfighter-Piloten  
Oberleutnant Adolf Arndt erfuhr

2 13. August 1966 46

Die kommunistische SED feiert ihre eigene Niederlage

3 - 4 Israel weiht sein neues Parlamentsgebäude ein 85

"Von Provisorium zur Permanenz" - Gäste aus aller Welt

Von J. E. Palmer, Tel Aviv

5 - 5a In eigener Sache 66

"Gegensatz" SED-PresseDienst - Professor Dr. Karl Schiller ?

SELBSTBEWERTUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Nur 15 % des Lastenausgleichs sind Entschädigungen

Weder Erbfeindschaft noch Revanchismus

Möglichkeiten zu einer konstruktiven Ostpolitik

LASSALLE'S Grab unzugänglich

Priesternot das härteste Kreuz der Verfolgung

Immer mehr Fragen an Herrn von Hassel

Was die Öffentlichkeit nach dem Absturz des Starfighter-Piloten  
Oberleutnant Adolf Arndt erfuhr

pp - Wohl selten ist in der Bundesrepublik ein Flugzeugabsturz so diskutiert worden wie jener, der sich am 18. Juli in der Nähe von Helgoland ereignete. Auf den Fliegerhorsten hat sich der Kommandeure, Piloten und Bordmechaniker eine starke Unruhe bemächtigt. Man spricht von einer Unsicherheit, "die von denen da oben ausgeht"; man beklagt den tragischen Tod des Kameraden, des Starfighter-Piloten Oberleutnant Adolf Arndt von Jagdgeschwader Richthofen in Wittmund. Die Untersuchungen über den tragischen Unfall sind abgeschlossen und nach oben weitergeschickt worden. Die Berichte haben neue Fragen an Starfighter offenbart. Jetzt fragt man sich, ob es überhaupt jemals jemanden geben wird, der für die bei den Untersuchungen bekanntgewordenen Einzelheiten verantwortlich gemacht werden kann und soll.

Zum erstenmal hat die deutsche Öffentlichkeit jetzt erfahren, daß mit dem automatischen Sicherungsgerät gegen das Überziehen des Starfighters, dem sogenannten "Kicker", etwas nicht stimmt. Zehn Tage vor dem Unglück war befohlen worden, dieses Gerät, das automatisch die Steuerung der Maschine übernimmt, wenn der Pilot sie überzieht, aus allen Starfightermaschinen auszubauen. Zwei Tage nach dem Unglück, das Arndt das Leben kostete, sollte das Gerät wieder eingebaut werden.

Wird man je Fragen beantwortet bekommen, die da lauten: Welche Fehler hat das Kicker-Gerät? Warum muß der Starfighter mit ihm gegen das Überziehen gesichert werden? Und vor allem: Warum durften Starfighter-Piloten starten, solange dieses Gerät ausgebaut war? Es wäre gut, wenn Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel dem Bundesleg auch über diese Starfighter-Affäre rückhaltlos berichten würde.

Da ist ferner die Frage, warum nicht generell befohlen wurde, daß sämtliche Starfighter-Piloten, die über See fliegen, eine orangefarbene Fliegerkombi tragen? Es mag hingenommen werden, daß Piloten für ihre persönliche Sicherheit die auffällige Farbe dann nicht wünschen, wenn sie über Land fliegen und dabei im Ernstfall aussteigen müssen. Für die Seenotrettung aber gelten im Krieg und im Frieden völkerrechtlich verbindliche Normen. Es ist gar kein Zweifel, daß eine orangefarbene Fliegerkombi die Überlebenschancen des Piloten im Seenotfall erhöht.

Das ist auch gültig für die Rettungsaktion, die schnell und umfangreich nach dem Oberleutnant Arndt anließ. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte das Minensuchboot DÜREN den im Fallschirm hängenden und unter Wasser gedrückten Piloten nicht überlaufen, wenn er statt der grauen, kaum erkennbaren Kombination eine orangefarbene getragen hätte.

Erneut erhebt sich die Frage, ob man nicht länger die Starfighter mit dem Martin-Baker-Schleudersitz hätte ausstatten müssen. Im Ministerium ist die Rede von Sichtbehinderung und Beengung bei Verwendung dieses Sitzes und davon, man werde nur bald den mit größerer Schleuderkraft versehenen G 2-Sitz erhalten. Aber wer sagt denn, daß der seit Jahren serienmäßig bei der dänischen Luftwaffe in den Starfightern verwendete Martin-Baker-Sitz schlecht sei? Dänische Piloten, die aussteigen mußten, wurden jedenfalls bisher nicht das Opfer des mangelhaften Schleudersitzes.

13. August 1966

### Die kommunistische SED feiert ihre eigene Niederlage

M.G. - Ulbricht hat die Flucht nach vorn angetreten. Der 13. August, an dem die Kommunisten vor fünf Jahren eigenhändig der Unterlegenheit ihres Gesellschaftssystems gegenüber dem der Bundesrepublik ein fürchtbares steinernes Denkmal quer durch Berlin gesetzt haben, wird diesmal durch eine Militärparade gefeiert. Während die Zensurherrscher bisher diesen Tag am liebsten totgeschwiegen hätten, glauben sie nunmehr, durch eine Offensive der Verlogenheit und Hetze von den unmenschlichen Auswirkungen und dem Bankrott ihrer Politik ablenken zu können.

Doch es wird ihnen nichts nützen, weil selbst die intensivste Massenpropaganda nicht an der Tatsache vorbeikommt, dass die Mauer in Berlin und der Eiserne Vorhang an der Zonengrenze sich gegen die Bevölkerung in Mittelddeutschland richten. Ihr wird - von Rentnern abgesehen - die Ausreise in die Bundesrepublik und das westliche Ausland verweigert, während deren Bürger die Einreise in die Zone gestattet wird. Wären tatsächlich die drakonischen Absperrungsmaßnahmen ein "antifaschistischer Schutzwall" zur Abwehr von Infiltration und Einflüssen aus dem Westen, so müsste es sich genau umgekehrt verhalten. Auch zeigt die Art der Befestigung dem unvoreingenommenen Betrachter, dass die Mauer die Flucht nach dem Westen verhindern soll. Ein schlechtes Alibi für die Behauptung der Kommunisten, sie erstrebten den Dialog über politische Auffassungen in ganz Deutschland. Dadurch wird auch offenkundig, dass ihr Versuch, den Parteivorstand der SPD durch Kontakte mit Sozialdemokraten in den unteren und mittleren Gliederungen auszuschalten nicht dem wirklichen Gespräch sondern der politischen Infiltration dienen soll, ein Experiment, dessen Erfolglosigkeit sich in der Zukunft genauso erweisen wird wie in der Vergangenheit.

Die kommunistische SED weiss, dass eine offene Konfrontation der beiden auf deutschem Boden bestehenden Gesellschaftssysteme für sie ebenso in eine Niederlage mündet wie ein Vergleich der Argumente der sozialdemokratischen Parteiführung über nationale Probleme unseres Volkes. Aus diesem Grunde sind der Bau der Mauer und die Torpedierung der Röhrenkonfrontation in Chemnitz und Hannover durch Pankow zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Aber gerade weil es so ist, haben alle demokratischen Kräfte im freien Teil Deutschlands die Verpflichtung, immer wieder und trotz der Schandmauer alles nur Erdenkliche zu versuchen, um den Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht zu helfen, die von Ulbricht gewollte Politik des innerdeutschen Separatismus zu überwinden. Das ist keine leichte Aufgabe, nicht zuletzt deswegen, weil die deutschen Kommunisten fürchten, dass sie eines Tages gelöst werden könnten. Das deutsche Volk muss jedoch in Frieden und Freiheit zusammenfinden; um seiner selbst willen und weil nur durch die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas der Friede auf diesem Kontinent gesichert werden kann.

## Israel weiht sein neues Parlamentsgebäude ein

"Tom Provisorium zur Permanenz" - Gäste aus aller Welt

Von J.E. Palmon, Tel Aviv

Israel lebt auch nach 18 Jahren seines Bestehens in vielem "provisorisch", vor allen hat der Staat bis heute noch keine geschriebene Verfassung. Er wird auf Grund eines provisorischen Gesetzes, des sogenannten "Überleistungs-Gesetzes" regiert; das seiner Zeit die Überleitung von der kritischen Mandatsverwaltung zum selbständigen Staat sichern sollte.

Auf einem Gebiet wird jedoch das Provisorium bald sein Ende finden, denn das Parlament Israel, die KNESETH wird Ende dieses Monats in ihr endgültiges Gebäude einziehen können. Das Parlament Israel hat in räumlicher Beziehung eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Der "provisorische Staatsrat", der Vorgänger der KNESETH hatte in Tel Aviv im Museum getagt, das Parlament selbst zog 1949 in ein Tel Aviver Kino. Dort blieb es, bis die Überführung der KNESETH nach Jerusalem beschlossen wurde. In Jerusalem fand man ein Bankgebäude mit einem großen Saal, das in aller Eile für die Zwecke des Parlaments umgestaltet wurde. Dort "haust" die Volksvertretung Israels seit über 15 Jahren. Der Plenarsaal des bisherigen Hauses war ausreichend, aber es fehlte an genügend Nebenräumen, und dadurch war die Arbeit der Volksvertretung und insbesondere der einzelnen Abgeordneten sehr behindert.

Das wird nun alles aufhören, denn Ende August siedelt die Volksvertretung ins neue Haus, das in den Bergen von Jerusalem in der Nähe der Universität gelegen ist und als Wahrzeichen von weitem grüßt. Das Gebäude kann am besten als "Mischform" bezeichnet werden; es ist zum Teil modern nüchtern gehalten, andererseits doch mit Säulen ausgestattet, um wenigstens etwas monumentalen Charakter dem Hause zu geben. Israel fehlt es so sehr an Denkmälern und Bauten monumentaler Art, sodaß die Architekten Klarwein und der inzwischen verstorbene Lew Carmi nicht glaubten darauf verzichten zu können.

Im Inneren bietet das Parlament ein sehr eindrucksvolles Bild. Der Plenarsaal liegt um ein Stockwerk tiefer als der Vorhof. Ein Relief des Gründers der zionistischen Bewegung Theodor Herzl grüßt über dem Platz des Vorsitzenden, die Hauptwand ist mit massiven Steinplatten ausgelegt, in die Bibelzitate eingehauen sind. Der Hauptsaal hat natürlich auch einen besonderen Platz für die Regierungsmitglieder, für die Presse und eine Tribüne für die Besucher.

Im Hause gibt es weiter eine große Bibliothek, die bis zu einer halben Million Bände aufreihen. Es bestehen zwei Restaurants, eines davon ist öffentlich, wo die Abgeordneten sich mit Besuchern treffen können. Es gibt weiter in großer Zahl Säle und Zimmer für Kommissionssitzungen und - was das Wichtigste ist und bisher so

schmerzlich vermißt wurde - auch Arbeitszimmer für die Abgeordneten.

Regierung und Abgeordnete Israels werden mit diesem neuen Parlament die Möglichkeit zu geordneter und bequemer Arbeit erhalten. Und die Bevölkerung hofft, daß sich die Reform in entsprechender gesetzgeberischer Arbeit niederschlagen wird. Neben dem Sitzungssaal ist ein großer Raum für Empfänge, und für diesen Raum hat der berühmte Maler Marc Chagall eindrucksvolle Gobelins mit Themen aus der jüdischen Geschichte beigeleitet.

Der Bau des neuen Parlaments wurde durch ein großzügiges Legat des verstorbenen Barons James de Rothschild möglich, der für diesen Zweck zwei Millionen Dollar verzachte. Die Rothschild-Stiftung bewilligte später weitere Summen für die Fertigstellung des Hauses. Die Familie Rothschild wird anlässlich der Einweihung besonders geehrt werden. Die Witwe des verstorbenen Barons kommt nach Jerusalem und erhält eine Ehrenurkunde; außerdem erscheint eine Erinnerungsmedaille mit dem Kopf des Barons James de Rothschild.

Der Präsident der KNESSETH, Kadisch Luz, hat die Präsidenten der Parlamente aller Staaten, die mit Israel diplomatische Beziehungen unterhalten, zur Einweihung nach Jerusalem eingeladen. Die Feiern dauern drei Tage (vom 29. bis 31. August). Im Mittelpunkt steht ein großer Festakt auf einem Platz vor dem Parlament zu dem über 4 000 Gäste aus aller Welt erwartet werden.

Außerdem werden mehrere Empfänge für die ausländischen Besucher abgehalten, die vom Präsidenten des Parlaments und vom Staatspräsidenten veranstaltet werden. Der Höhepunkt der Veranstaltungen bildet eine Festsitzung der KNESSETH, in der auch die normale parlamentarische Arbeit angedeutet werden soll. Das Haus wird in der Sitzung mit der ersten Lesung eines prinzipiell wichtigen Gesetzes, nämlich dem Gesetz über die Grundlagen der Staatsverwaltung, beginnen und sich dann bis zu seinem Wiederezusammentritt nach den Ferien (Mitte Oktober) vertagen.

Natürlich ist die Parlamentseinweihung auch mit politischen Problemen verknüpft. Das KNESSETH-Präsidium hatte eine außenpolitische Frage zu lösen, nämlich die der Hissung von Flaggen fremder Staaten. Es entschied sich dafür, daß nur die Fahne Israels aufgezogen wird, um Protesten gegen das Hiszen der deutschen Flagge (mit denen zu rechnen war) zuvorzukommen.

In dem Testament des Baron James de Rothschild hatte er seine Stiftung begründet, "damit das neue KNESSETH-Gebäude vor aller Welt von der Permanenz des Staates Israel zeugen sollte". In Zeichen dieses Satzes werden die gesamten Feiern stehen und Israel einen Schritt weiter vom Provisorium zur ständigen Existenz führen.

In eigener Sache

"Gegensatz" SPD-Pressedienst. - Professor Dr. Karl Schiller ?

Seit zwei Tagen behauptet ein Teil der deutschen Presse, die SPD werde einen Stabilisierungsgesetz erst zustimmen, wenn der zur Zeit noch amtierende Bundeskanzler Professor Erhard zurückgetreten sei. Außerdem wird zwischen den Wirtschaftsexperten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Professor Dr. Karl Schiller und dem SPD-Pressedienst ein Gegensatz konstruiert.

Entsache ist, daß der SPD-Pressedienst in seiner Ausgabe vom 8. August 1966 geschrieben hat, der Kanzler solle in seinen "Arbeitsurlaub" bleiben, damit man sich mit v e r n ü n f t i g e n Leuten darüber unterhalten könne, mit welchen Mitteln der von ihm selbst angerichtete Scherbenhaufen - Währungsverfall - beseitigt werden muß. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß Erhard ein Sammelurium von unterschiedlichsten Gutachten auf den Tisch des Hauses gelegt habe und jetzt auch noch verlange, daß man dafür die Verfassung ändert. Wörtlich heißt es:

- \* "Erhard, der längst hätte zurücktreten müssen, fordert praktisch ein Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe sein Nichtstun und seine Unfähigkeit vernebelt werden sollen."

In einer Stellungnahme von Professor Dr. Karl S c h i l l e r zum Problem eines Stabilitätsgesetzes (veröffentlicht von der Pressestelle des Parteivorstandes der SPD am 5. August 1966) wird vor dem I r r g l a u b e n gewarnt, daß die gegenwärtige hektische Betriebsamkeit um dieses Gesetz noch in diesem Jahr irgendetwas zur Stabilisierung von Preisen und Konjunktur beisteuern könnte. Wörtlich:

- \* "Diese ganze eilige Geschäftigkeit soll nur das völlige Versagen der Konjunkturpolitik dieser Bundesregierung bekräftigen.
- \* Mit der für einen Politiker notwendigen Führungskraft bei der Ausnutzung der schon bisher gegebenen wirtschaftspolitischen Mittel hätte sich die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage vermeiden lassen. Mehr noch: Die Anwendung neuer Instrumente zur weiteren Dämpfung des Wachstumsprozesses ist im Augenblick nicht nötig, sondern g e f ä h r l i c h. Die Zeichen meh-

- \* ren sich, daß der kritische Punkt der Restriktionspolitik er-
- \* reicht ist. Der Gesetzentwurf selbst ist nur eine lose Ansamm-
- \* lung von wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumenten, die
- \* weder konkrete Maßnahmen darstellen noch in ein formuliertes
- \* Konzept eingepaßt sind."

In der gleichen Stellungnahme sagt Professor Dr. Karl  
S c h i l l e r :

- \* "Verfassungspolitisch halten wir zur Herbeiführung eines
- \* gleichgerichteten konjunkturpolitischen Verhaltens vor
- \* Bund, Ländern und Gemeinden eine staatsvertraglich-freiwil-
- \* lige Lösung in der Form eines Konjunkturrates, nach wie vor
- \* für besser als das grobe Geschütz der Grundgesetzänderung."

Nach einem Hinweis darauf, daß sich die Sozialdemokratische  
Partei kräftig um den U m b a u und A u s b a u des Geset-  
zes bemühen und dabei auch der zahlreichen und beachtenswerten Er-  
wägungen und Vorschlägen aus der Mitte des Bundesrates gebührend  
Rechnung tragen wird, stellt Professor Dr. Karl S c h i l l e r  
abschließend fest:

- \* "Ein Ermächtigungsgesetz, in dem das Wort Stabilität sehr häu-
- \* fig vorkommt, ist zunächst einmal nur eine Deklamation. Der
- \* Entwurf soll anscheinend den Eindruck erwecken, als ob die Re-
- \* gierung jetzt etwas für die Stabilität tue. Der Hinweis des
- \* Bundeskanzlers auf alle möglichen finanziellen, steuerlichen,
- \* beschäftigungspolitischen Gesetzentwürfe ist noch kein Ersatz für
- \* die fehlende Finanz- und Wirtschaftspolitik selbst."

Die gleichen Thesen hat Professor Dr. Karl S c h i l l e r  
am 10. August in der WESTFÄLISCHE RUNDschau, Dortmund,  
veröffentlichten Interview vertreten.

Soweit aus dem Artikel in SPD-Pressedienst Abweichungen von  
den Stellungnahmen Professor Schillers herausgesehen wurden, ent-  
sprechen sie nicht den Tatsachen, bzw. der Politik der SPD.

Günter Markscheffel, Chefredakteur des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes, Bonn.